

## Klassenkampf am Kühlregal

Kultur **Du bist, was du isst - auch in Deutschland helfen Essgewohnheiten und Speiseregularien bei der soziokulturellen Grenzziehung**



**Suppe ja, Feinkost – muss nicht sein, bei Hartz IV. Findet jedenfalls die herrschende Klasse.**

ILLUSTRATION: A. HOMANN

### Anmerkungen:

1) Siehe Paul Freedman (Hg.): *Essen – Eine Kulturgeschichte des Geschmacks*, Darmstadt 2007.

2) Siehe Massimo Montanari: *Der Hunger und der Überfluss. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa*, München 1993.

3) Vgl. Vera Hierholzer: *Nahrung nach Norm. Regulierung von Nahrungsmittelqualität in der Industrialisierung 1871-1914*, Göttingen 2010, S. 285.

zeit konnte man immerhin einen zaghaften Trend zur kulinarisch nivellierten Mittelschichtsgesellschaft attestieren. Doch diese Geschichte wird nicht fortgeschrieben. Die Sozialpolitik Deutschlands fördert spätestens seit der Agenda 2010 wieder eine durch Schichten gespaltenen gesamtgesellschaftliche Tischgemeinschaft.

### Speisepläne für die Armen

Als 2008 der elitäre Sozialtechnologe Thilo Sarrazin genau durchkalkulierte »Hartz-IV-Speisepläne« aufstellte und festlegte, wie sich das Prekariat ernähren soll, wurde klar, dass man sich gar nicht so sehr von mittelalterlichen Speiseregularien emanzipiert hat. In denen wurde auch zwischen »Bauernspeise« und »Herrenspeise« unterschieden. Die Aristokratie regelte dabei zum Teil detailliert, welcher Schicht welches Essen zustand. Selbstverständlich war es nur »natürlich«, dass erlesene Speisen wie Weißbrot oder delikate Vögel den höheren Schichten zugewiesen waren, während auf dem Speiseplan der unteren Schichten dunkles Brot und Haferschleim standen. (1)

Hartz-IV-EmpfängerInnen an der Feinkosttheke oder im Weinfachhandel? Bitte nicht!, teilt uns die gegenwärtige Politik mit. Damit steht sie in der Tradition früherer Jahrhunderte, in denen der

Von Daniel Kofahl

Die Aufregung über den sogenannten »Veggie-Day«, den Wahlkampfvorschlag der Grünen, einen fleischfreien Tag in Deutschlands Kantinen einzuführen, hat es wieder einmal eindrucksvoll vorgeführt: Mit jeder Espraxis ist mehr verbunden als die Frage, welche Nährstoffe man zu sich nimmt. Wird Essen und Trinken zum Politikum, mobilisiert dies über fast alle Klassen und Milieus hinweg sofort Aufmerksamkeit und Reaktionen. Und auch für eine an Egalität orientierte Politik stellt sich die Frage, wie die Konsumseite der Ernährung, mit der Aspekte der kulinarischen Teilhabe verknüpft sind, angegangen werden soll. Denn Millionen Menschen sind in ihrer Ernährungssouveränität dramatisch beschnitten.

In Deutschland etwa erhalten 4,4 Millionen Menschen ALG II. Der darin enthaltene tägliche Regelsatz für Essen beträgt ca. 4,37 Euro für einen Erwachsenen und je nach Alter zwischen 2,62 und 4,13 Euro pro Kind. Fraglos: Wenn wir über Möglichkeiten zur Verbesserung der Ernährungssicherheit in von extremen Hungerkrisen gebeutelten Weltregionen sprechen würden, wäre eine solche Versorgungslage ein großer Schritt in Richtung Humanität. Nur ist dies der falsche Orientierungspunkt für die Ernährungspolitik in den reichen Industrienationen.

### Ernährungskultur in Vergangenheit und Gegenwart

Der Verweis auf die »stille Reserve der Hungernden« und der Hinweis auf die Nahrungsmittelfürsorge, die die Herrschenden zumindest den Bedürftigen vor Ort gewähren, ist historisch ein beliebtes Argument, bestehende Machthierarchien vor Kritik zu schützen. Dabei ging es nie nur um die Vermeidung von Hungerunruhen, sondern ebenso um eine subtile Form der Überwachung. Während dereinst »der Haushaltsvorstand sah, dass auch das Gesinde gut zu essen hatte, und das Gesinde sah, dass ihr Herr sah, dass sie gut zu essen hatten«, wie die britische Sozialhistorikerin Dorothy Hartley in ihrem Werk »Food in England« schrieb, werden heutzutage Ansprüche nach besserer finanzieller Ausstattung für eine qualitativ anspruchsvollere Ernährung mit dem Hinweis abgebügelt, man könne doch sehen, wie unmäßig viel Junk Food die Menschen aus der Unterschicht in sich hineinstopften. Würde man ihr permanent von Adipositas bedrohtes Leben nicht sogar gefährden, wenn man ihnen noch mehr Geld für noch mehr Essen zur Verfügung stellte?

Dabei ist es das niedrige Budget, das die gesunde Ernährung sabotiert. ErnährungsmedizinerInnen warnen davor, dass gerade Kinder aufgrund von Armut nicht adäquat ernährt werden. Fünf Euro geben sie pro Tag und Kind als an Realbedürfnissen orientiertes Ziel vor. Mit diesem Betrag ließe sich eine gesunde Ernährung sicherstellen. Eine schlechtere finanzielle Ausstattung hat nicht nur Folgen für die physische Gesundheit, sondern ebenso für einen möglichen sozialen Aufstieg, denn Nährstoffmangel beeinträchtigt auch die Leistungsfähigkeit.

Aber auch erwachsene ALG-II-BezieherInnen stehen vor der Wahl, entweder auf ungesunde oder weitestgehend genusslose Art und Weise satt zu werden, letzteres wiederum mit bedenklichen Folgen für das psychosomatische Wohlbefinden. Als Mittel, dieses Dilemma zu entkommen, bleiben nur Umschichtungen innerhalb des knapp bemessenen Hartz-Regelsatzes.

Die Budgetrestriktionen gegenüber BezieherInnen von Sozialleistungen dienen zudem als Herrschaftsmittel, um diese in ihre kulturellen Schranken zu weisen. Der Wohlfahrtsstaatsgeschichte der Bundesrepublik in der Nachkriegs-

Schichten sollten zur gesunden und maßvollen Ernährung gemäß ihres sozialen Status erzogen werden. Wie in der Gegenwart wollte man den beständig von materieller Sorge getragenen Bevölkerungsgruppen vermitteln, dass sich auch mit wenig Geld passabel leben lässt. Vorausgesetzt, man gibt sich mit der Budgetplanung Mühe und misst die Ansprüche nicht an den reich gedeckten Tischen der Oberschicht. Die damals aufstrebende sozialdemokratische Arbeiterbewegung fand das allerdings nicht so plausibel, wie mancher Nachfahre 150 Jahre später. Julius Posts schilderte 1889 »eine heftige Ablehnung vieler Arbeiter gegenüber der Verteilung von Schriften zur Ernährung und Haushaltsführung. Dieses Vorgehen wurde als Maßregelung und Gängelung empfunden. Geschürt wurde der Unmut über derartige Verstöße durch die teils massive Kritik der Sozialdemokratie. Insbesondere die in den Arbeiterlehrbüchern gepredigte Genügsamkeit und Gottesfürchtigkeit wurde verurteilt. Gleichzeitig prangerten Sozialdemokraten ... die vorgegebenen Mahlzeitenpläne als Heuchelei und Instrument des Bemühens an, die Arbeiter zu einer den Niedriglöhnen angepassten Lebensweise zu erziehen.« (3)

### Egalitäre Ernährungspolitik

Es geht beim Thema Ernährungssicherheit und Ernährungsarmut zwar auch, aber nicht nur um physiologische Komponenten. Ebenso muss die soziokulturelle Dimension der Ernährung berücksichtigt werden. Man denke beispielsweise an die vergemeinschaftende Funktion, die gemeinsamen Mahlzeiten zukommt. Wer kein Geld hat, andere von Zeit zu Zeit zum Essen und Trinken einzuladen, oder sich den Besuch von Veranstaltungen auf denen Ausgaben für Speisen und Getränke unumgänglich sind, nicht leisten kann, wird ins sozialpolitische Abseits gestellt. Kulturelle Teilhabe wird auf diesem Weg kulinarisch exklusiv gestaltet.

Freilich geht es nicht darum, einer pseudoliberalen Position à la FDP das Wort zu reden. Deren Ausrufe, man dürfe kein Ernährungsverhalten reglementieren, ist Geschwätz. De facto regelt es dann der »frei Markt« solchermaßen, dass politische und ökonomische Unterschiede deutlich zum Ausdruck kommen. Und auch die wertkonservative Politik, die festere Zuschreibungen nach sich zieht, wer was wie und wo essen darf, grenzt durch statusbezogene Ernährungsstile Schichten gegeneinander ab. Etwa wenn es darum geht, Klimaschutz, Tierethik oder die »heimische« Wirtschaft dadurch zu protegieren, indem die einen sich im moralisch korrekten Zwangsverzicht üben müssen, während andere als kulinarische Kosmopoliten überall auf der Welt unterschiedlichste regionale Spezialitäten kosten. Oder sich, gegen Aufpreis – den sich die einen leisten können und die anderen eben nicht –, von Bio-Rind und Fair-Trade-Kaffee ernähren. Ein paar Krümel als Almosen von oben nach unten stets mit eingeschlossen.

Es gilt an einer dritten Position, einer Politik der kulinarischen Egalität, zu arbeiten. Das Ziel einer solchen Position muss es sein, einen gleichen Zugang zu Ressourcen und zu einem annähernd gleichen Konsum zu ermöglichen, der Klassenunterschiede nivelliert. Als erste direkte politische Maßnahmen wäre es angebracht, den ALG-II-Regelsatz zu erhöhen und Preissteigerungen bei Lebensmitteln einzudämmen. Letzteres darf jedoch nicht auf Kosten sozialökologisch verantwortlicher produzierender und demokratisch organisierter Landwirtschafts- und Verarbeitungsbetriebe gehen. Aber auch Ernährungspraktiken, die politische und ökonomische Ungleichheit reproduzieren, gehören ins Fadenkreuz demokratischer Ernährungspolitik. ●

Daniel Kofahl ist Ernährungssoziologe, u.a. beim Büro für Agrarpolitik und Ernährungskultur (APEK).